

WIR WAREN ERFOLGREICH! VERBINDLICHKEIT VON TARIFVERTRÄGEN GESICHERT

Angriff auf die Tarifautonomie abgewendet

Die von CDU/CSU und FDP geforderte Möglichkeit, von Tarifverträgen betrieblich nach unten abzuweichen und darüber Löhne zu senken und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wird nicht gesetzlich festgeschrieben. Dies ist ein Erfolg unserer Aktionen zum Erhalt der Tarifautonomie.

Mehrere Zehntausend ver.di- und IG-Metall-Mitglieder haben sich in den vergangenen Wochen an bundesweiten Aktionen zum Erhalt der Tarifautonomie beteiligt.

Bis zum Ende der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss haben über hundert unterschiedliche Aktionen/Demonstrationen/Streiks stattgefunden, von Freiburg bis Hamburg, von Saarbrücken bis Gera.



Mehrere Zehntausend KollegInnen haben sich erfolgreich für den Erhalt der Tarifautonomie stark gemacht.

In Betriebs- und Vertrauensleute-Versammlungen über die geplanten Eingriffe in die Tarifverträge diskutierten die KollegInnen quer durch alle ver.di-Branchen und vielfach gab es im Anschluss daran spontane Demonstrationen vor den Türen der Betriebe und Verwaltungen.

Vom 1. bis 10. Dezember stand in Berlin eine zehntägige Mahnwache – Erst vor der SPD-Zentrale und im Anschluss daran vor der CDU-Zentrale sorgten die KollegInnen dafür, dass die Beteiligten Tag und Nacht an ihre Verantwortung für den sozialen Frieden erinnert werden.

Mehr als 11 000 Beschäftigte protestierten in Köln, Bochum und Herne gegen befürchtete Eingriffe in die Tarifautonomie.

In Wolfsburg fand eine Demonstration mit 10 000 TeilnehmerInnen statt, in drei Bundesländern kam es zu Warnstreiks in rund 30 Druckereien und Verlagsbetrieben, zum Beispiel bei der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Rundschau.

In Düsseldorf und anderen Städten hingen Großplakate, auf denen Betriebs- und Personalräte sich für die Tarifautonomie stark machen. Betriebsräte aus dem Handel ließen mitten im Trubel des Weihnachtsgeschäfts Luftballons mit Tarifverträgen daran steigen. Im Saarland mach-

ten sich 4000 KollegInnen bei einer Demonstration für die Tarifautonomie stark. Hamburger Betriebsräte aus dem Handel machten Betriebsversammlungen, demonstrierten und überreichten der SPD ein symbolisches „S“ für den Erhalt des Sozialen.

So demonstrierten rund 1000 KollegInnen der Stadtverwaltung Stuttgart, einen Tag später 5000 in Heidelberg und 1500 protestierten vor dem niedersächsischen Landtag gegen Sozialabbau.



stark im wandel

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zeigt:

Unsere Botschaft ist angekommen, anscheinend auch bei der CDU: Es gibt keine gesetzlichen Öffnungsklauseln für Tarifverträge, der verfassungswidrige Eingriff in die Tarifautonomie wurde abgewendet.

Wir haben ein Zeichen gesetzt gegen willkürliche Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerung – Denn darum ging es eigentlich bei der Gesetzesinitiative und nicht um mehr betriebliche Freiräume. Wir haben gemeinsam mit den Betriebsräten und Personalräten gezeigt, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen

lassen, sondern uns miteinander für die Interessen der Beschäftigten stark machen. So haben alleine rund 4000 Betriebs- und Personalratsmitglieder eine DGB-Resolution gegen gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie unterschrieben. Tarifpolitik und Tarifverträge sind und bleiben Sache von Arbeitgebern und Gewerkschaften – Und das ist gut und unerlässlich so, denn Tarifverträge sichern Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten auf einem verlässlichen Niveau. Daran haben wir nie einen Zweifel gelassen.

Aber: Die Kuh ist nicht vom Eis

Die Auseinandersetzung um die Tarifautonomie und soziale Gerechtigkeit geht weiter!

In den kommenden Tarifrunden wird sich die Frage nach der Höhe der Löhne und damit nach generellen Öffnungsklauseln immer wieder stellen, denn natürlich werden die Arbeitgeber nicht von ihrem Ziel, die Löhne zu senken und die Arbeitszeiten zu verlängern, ablassen. Dass auch die Politik auf Lohnsenkungen im großen Stil setzt, wurde bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss ganz deutlich.

Wie bislang auch, werden wir prüfen, ob es sinnvoll ist, in Notlagen zeitlich befristeten abweichenden Regelungen vom Tarifvertrag zuzustimmen – Um Beschäftigung zu sichern, nicht, um den Arbeitgebern Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Wie wir uns in den jeweiligen Branchen zu entsprechenden Forderungen der Arbeitgeber positionieren, wird von den ExpertInnen aus den Betrieben in den Tarifkommissionen und von niemandem anders entschieden und dabei lassen wir uns weder von den Arbeitgebern noch von der Politik unter Druck setzen. Das steht fest!

Je stärker wir in den kommenden Auseinandersetzungen aufgestellt sind, desto besser können wir die Sicherheit, die uns Tarifverträge bieten, auch in Zukunft schützen. Darum jetzt Mitglied werden –

Für sichere Einkommen, geschützte Arbeitsbedingungen!

Auch die soziale Sicherheit wird weiter demontiert. So konnten CDU/CSU und FDP im Vermittlungsausschuss durchsetzen, dass künftig für Langzeitarbeitslose jede Arbeit zumutbar ist. Grade so, als gäbe es genügend Arbeitsplätze und als gelte es, die Arbeitslosen zu bekämpfen und nicht die steigende Arbeitslosigkeit. Auch dies ist eine Methode, praktisch nach dem

Dominanzprinzip die Löhne zu senken – Wenn erst die Erwerbslosen als „Lohndrücker“ benutzt werden, müsste man doch „gerechtigkeitshalber“ gleich alle Löhne senken. Dass dies fatale Folgen für die Konjunktur und den Arbeitsmarkt hätte, wird dabei völlig außer acht gelassen.

Es gibt viel zu tun: Für soziale Gerechtigkeit, für ein Europa, in dessen Mittelpunkt die BürgerInnen stehen und nicht allein die Interessen der Wirtschaft.

In einem „extrablatt“, das am 7. Januar erscheint, informieren wir Euch ausführlich zum Stand in Sachen Tarifautonomie und über die weiteren „Baustellen“, auf denen wir in der Auseinandersetzung für eine andere Politik mit sozial ausgewogenen Reformen auch 2004 aktiv sein werden.